

Eon-Chef will Konzern um jeden Preis aufspalten

21. August 2015, 12:01

3 POSTINGS
▼

Unternehmen sieht bei Atomfrage auch Staat in der Pflicht

Düsseldorf – Eon-Chef Johannes Teysen will die Aufspaltung des Energieriesen trotz des Gegenwinds aus der Politik vorantreiben. "Ich werde diesen Prozess zu einem erfolgreichen Ende führen, koste es, was es wolle", sagte der Manager am Donnerstagabend vor der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung Düsseldorf. "Wir warten nicht auf gute Entscheidungen anderer."

Teyssen kritisierte Überlegungen der deutschen Regierung für ein neues Gesetz, wonach Eon noch viele Jahre für die ausgegliederten Atomkraftwerke mithaften müsste. Eon hält sich nach seinen Worten eine Verfassungsklage dagegen offen. "Das entscheide ich, wenn ich es kenne."

Zweifel am Erfolg

Die Regierungspläne dürften bei Insidern, Investoren und Analysten Zweifel am Erfolg der Aufspaltung nähren. "Wenn das geschieht, macht die Aufspaltung keinen Sinn mehr", hatte eine an den Plänen beteiligte Person gesagt.

Die deutsche Regierung könnte schon bald ein Gesetz auf den Weg bringen, durch das Eon nach der Aufspaltung 2016 in zwei neue Konzerne länger als fünf Jahre für Zusatzkosten für den Abriss seiner Atomkraftwerke und die Müllentsorgung haften müsste.

Ein solches Sondergesetz gebe es für kein anderes Risiko in dieser Republik, weder für Chemiewerke noch für Banken, kritisierte Teysen. "Ein solches Sondergesetz gibt es in keinem anderen Land der Welt." Ob es dadurch zu Verzögerungen beim Aufspaltungsprozess kommen könne, ließ er offen. Er könne keinen Plan bewerten, den er nicht kenne. Die Überlegungen der Regierung seien zwar wichtig, "aber es ist nicht die Mutter aller Themen".

Neue Gesellschaft "Uniper"

Kritiker befürchten, dass sich Eon durch die Aufspaltung aus der Verantwortung für die Atomlasten stehlen wolle und die milliardenschweren Rückstellungen nicht ausreichen. Der Konzern weist beides strikt zurück. Eon soll künftig ein reiner Ökostromkonzern sein. Die Atom-, Kohle- und Gaskraftwerke werden in eine neue Gesellschaft mit dem Namen "Uniper" abgespalten.

Teyssen machte klar, dass er auch den Staat in der Verantwortung sieht. "Es ist nicht einmal in der Geschichte der Bundesrepublik ein Kernkraftwerk gebaut worden, das nicht der Staat bestellt hat." Der deutsche Bund will eine Kommission einsetzen, die über das weitere Verfahren mit den Atomlasten berät. Ergebnisse sollen bis Ende November vorliegen. Im Gespräch ist unter anderem eine öffentlich-rechtliche Stiftung oder ein Fonds, in den die AKW-Konzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall ihre Rückstellungen von insgesamt über 38

Milliarden Euro einbringen könnten. Teysen begrüßte die Einrichtung der Kommission. Es müsse eine faire Lösung für alle geben. "Wir müssen das einfach mal zum Ende bringen." (APA, Reuters, 21.8.2015)

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2015

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

.